

Übernachtungsportale 9flats-Nutzer warten auf ihr Geld

Auf Internetforen häufen sich Beschwerden über die Zahlungsmoral des Übernachtungsportals 9flats. Dutzende Nutzer berichten auf Facebook oder Trustpilot darüber, dass ihnen 9flats Geld schuldig geblieben sei. 9flats ist ähnlich wie der Marktführer Airbnb eine Plattform, über die Apartments vermittelt werden. Die Vermieter klagen darüber, dass 9flats sie wochenlang vertröste, sofern ihnen überhaupt geantwortet werde. Gegründet wurde 9flats 2010 in Berlin, im Mai dieses Jahres verlegte das Un-

ternehmen seinen Sitz nach Singapur. Begründung: Ein neues Berliner Gesetz, das die Zweckentfremdung von Wohnraum verbietet, würde das Geschäft erschweren. Roman Bach, Geschäftsführer von 9flats, räumt Schwierigkeiten bei der Abwicklung von Zahlungen ein. Es handle sich um knapp 30 Fälle und in der Summe um einen niedrigen fünfstelligen Betrag. Nach dem Umzug habe die Umstellung des Zahlungsverkehrs nicht wie gewünscht funktioniert. Die Probleme würden „relativ zeitnah“ gelöst, so Bach. Sie seien keinesfalls ein Hinweis auf finanzielle Schwierigkeiten. aju, mum



Berufsverkehr in Berlin

Klimaschutz Aus für Verbrennungsmotoren

Die Bundesländer wollen ab 2030 keine Benzin- und Dieselaautos mehr neu zulassen. Damit befürworten sowohl SPD- als auch unionsregierte Länder ein entsprechendes Verbot. Das geht aus einem Beschluss hervor, den der Bundesrat in seiner jüngsten Sitzung gefasst hat. Darin wird die EU-Kommission aufgefordert, „die bisherigen Steuer- und Abgabenpraktiken der Mitgliedstaaten auf ihre Wirksamkeit hinsichtlich der Förderung emissionsfreier Mobilität auszuwerten ..., damit spätestens ab dem Jahr 2030 unionsweit nur noch emissionsfreie Pkw zugelassen werden“. Die Grünen begrüßen die Entscheidung,

wundern sich allerdings auch. „Wenn wir das Pariser Klimaabkommen ernst nehmen, dürfen nach 2030 keine Verbrennungsmotoren mehr neu auf die Straße“, sagt Oliver Krischer, Fraktionsvize im Bundestag. „Das hat der Bundesrat parteiübergreifend so beschlossen, und es ist richtig. Da erstaunt es schon, wenn Union und SPD sich kurz darauf darüber echauffieren, wenn Grüne die Umsetzung einfordern.“ Um das Klimaabkommen zu erfüllen, sollen die deutschen CO₂-Emissionen bis 2050 um bis zu 95 Prozent gesenkt werden. Eine Maßnahme ist dabei die Förderung der Elektromobilität – allerdings bislang mit bescheidenem Erfolg. Auch eine Kaufprämie hat noch nicht den gewünschten Erfolg gebracht. bö



Vestager

Datenkonzerne Brüssel prüft LinkedIn-Übernahme

Die EU-Wettbewerbsbehörde schaut sich die Übernahme des Karrierenetzwerks LinkedIn durch Microsoft genauer an. Der Softwareriese Microsoft hat über 26 Milliarden Dollar für das soziale Netzwerk LinkedIn mit seinen 450 Millionen Nutzern geboten, weil er sich nach Google-Vorbild zu einem Datenkonzern wandeln will. Die US-Wettbewerbsbehörden haben

den Deal schon abgesegnet. Beide Unternehmen arbeiten bisher auf unterschiedlichen Märkten. Aber die gemeinsame Nutzung der Daten könnte in Zukunft den Wettbewerb behindern, fürchtet die EU und hat entsprechende Unterlagen angefordert. Die Brüsseler Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager will nicht nur bei dem aktuellen Deal „genau überprüfen, ob Unternehmen einzigartige Daten besitzen, die zum Ausschluss von Konkurrenten genutzt werden können“. pau

Euro Griechen im Verzug

Kurz vor dem Treffen der Euro-Finanzminister am kommenden Montag, bei dem sie über die Auszahlung einer weiteren Hilfsstranche an Griechenland entscheiden wollen, hat die Regierung unter Premier Alexis Tsipras erst



Tsipras

die Hälfte der dafür notwendigen Reformmaßnahmen auf den Weg gebracht. Damit ist eine Überweisung von 2,8 Milliarden Euro gefährdet. Vor allem beim Aufbau des Privatisierungsfonds und der Liberalisierung des Energiesektors sind die Griechen im Verzug. Der europäische Rettungsschirm ESM warnt vor einem Aufschub der Zahlungen. Dies könne die Lage destabilisieren. Unbedingt angewiesen auf die Mittel ist die griechische Regierung hingegen nicht, sie könnte wie im vergangenen Jahr die Kassen staatlicher Unternehmen plündern, um ihren Verpflichtungen nachzukommen. Damit würde der griechische Staat nur Rückstände durch neue ersetzen, warnen Vertreter der Euro-Gruppe. Sie rechnen mit einem Verhandlungspoker bis zum letzten Augenblick. rei